

Bernd Lange: „Decoupling von China ergibt für Europa keinen Sinn“



Bernd Lange (SPD) leitet den Ausschuss für internationalen Handel im Europaparlament.

Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament kritisiert Kommissionspräsidentin von der Leyen für ihren Kurs gegenüber China. Wenn es den USA darum gehe, ihre eigene wirtschaftliche Dominanz zu stärken, müsse Europa klare Kante zeigen, fordert der SPD-Politiker im Interview mit *Eric Bonse*.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will den Streit mit den USA über den Inflation Reduction Act (IRA) und die massiven US-Subventionen für grüne Technologien beenden. Nach ihrem Besuch bei Präsident Joe Biden in Washington zeigte sie sich optimistisch. Ist der Streit jetzt ausgeräumt?

Nein, der Streit ist nicht ausgeräumt. Es wird jetzt zwar vielleicht ein Abkommen zur Gleichstellung der EU mit jenen 20 Ländern geben, die mit den USA über einen Freihandelspakt verbunden sind. Bei der Lieferung von Rohstoffen für die Produktion in den USA, etwa von Batterien für Elektroautos, könnte dies durchaus Erleichterungen bringen. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Vereinbarung nur für in der EU gewonnene Rohstoffe gilt, wie etwa Lithium aus Schweden, oder auch für verarbeitete und recycelte. Von der Antwort hängt letztlich ab, wie viele Rohstoffe wir in die USA verkaufen können. Ich vermute, dass das Volumen begrenzt sein wird.

Das klingt eher mager ...

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass die Subventionen jetzt auf beiden Seiten des Atlantiks transparenter werden sollen. Dazu soll es eine Arbeitsgruppe im TTC geben. Aber das war's dann auch schon.

Wie geht es weiter?

Offen ist immer noch die wichtige Frage des Zusammenbaus der E-Autos. Nach meinen Informationen erfolgt er weiter zu 100 Prozent in den USA. Deshalb werden Batteriefabriken auch nahe an den Autofabriken gebaut – so wie bei Volkswagen, das ein Werk in Kanada errichten will. Darüber muss weiter im TTC geredet werden, dort gibt es eine Task-Force. Ich hoffe, dass noch Lockerungen möglich sein werden und warte auf entsprechende Guidelines der EU-Kommission. Sie könnten in ein paar Wochen kommen.

Das Problem der Abwanderung in die USA ist also nicht gelöst?

Nein, es ist nicht gelöst – im Gegenteil: Die Investitionen gehen weiter in Richtung der USA. Das Beispiel Volkswagen habe ich ja bereits erwähnt. Auch der chilenische

E-Fuel-Hersteller HIF, auf den auch Porsche setzt, will ein großes Werk in Texas errichten. Diese Investitionen gehen uns in Europa verloren.

Sie haben auf die Möglichkeit einer Klage vor der Welthandelsorganisation hingewiesen. Sollte die Kommission jetzt Ernst machen?

Dafür ist es noch zu früh. Wenn alle Verhandlungen fertig sind, werden wir Bilanz ziehen. Das Parlament hat in seiner [Resolution zum IRA](#) die Möglichkeit einer Klage festgehalten. Allerdings sind wir hier in einem Dilemma. Schließlich ist die EU geopolitisch eng mit den USA verbunden. Andererseits müssen Klagen auch unter Freunden möglich sein. Ich persönlich sehe das sehr relaxt.

Ein anderes wichtiges Thema bei den Gesprächen in Washington war China. Wie bewerten Sie die Aussagen in dem gemeinsamen Statement, das Biden und von der Leyen veröffentlicht haben?

Diese Aussagen haben mich überrascht. Das Statement enthält eine ganze Reihe von Anti-China-Elementen. Da geht es um nicht-marktkonforme Praktiken, aber auch um die Sicherheitspolitik – wenn auch eher indirekt, über den Umweg Russland. [Die Aussagen, die ich so nicht erwartet habe](#), beschwören das Risiko des Decoupling von China herauf. Erste Schritte auf diesem Weg sehen wir ja bereits. Denken Sie nur an die Exportkontrollen für Mikrochips, die die Niederlande auf Druck der USA eingeführt haben – ohne Absprache mit der EU. Dabei ist dies eine EU-Kompetenz. Auch die nun offenbar geplante Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten – also vor allem nach China – macht mir Sorge. Das war bisher undenkbar.

In Berlin heißt es, man wolle kein Decoupling, sondern ein De-Risking. Was halten Sie davon?

Natürlich ist es ok, dass man Risiken sucht und mindert, etwa bei den Lieferketten aus China. Allerdings ist die Abhängigkeit nicht so groß, wie viele glauben. Nur 0,2

Prozent der Vorprodukte und 1,4 Prozent der Endprodukte sind eindeutig abhängig von China. Umgekehrt sind auch chinesische Hersteller vom europäischen Markt abhängig. Hinzu kommt, dass wir unsere Produktion teilweise freiwillig ausgelagert haben. So werden 60 Prozent des Lithiums in China verarbeitet. Das liegt aber vor allem daran, dass die EU ihre Verarbeitungskapazitäten ausgelagert hat – die Produktion gilt als zu schmutzig.

Vor diesem Hintergrund scheinen mir viele Befürchtungen übertrieben. Ich plädiere für einen rationalen Umgang mit China. Wenn es den USA darum geht, ihre eigene wirtschaftliche Dominanz zu stärken, dann müssen wir klare Kante zeigen! Ein Decoupling ergibt aus europäischer Sicht keinen Sinn.

Müssten deshalb nicht die Alarmglocken klingeln, vor allem in Deutschland? Schließlich ist China der wichtigste Handelspartner, noch vor den USA.

Wir haben natürlich eigene wirtschaftliche Interessen, und die müssen wir verteidigen. Aber wir haben in Europa auch schon gut auf die neue Lage reagiert. Gegen mögliche Gefahren im Handel mit China haben wir eine Arbeitsgruppe des TTC eingesetzt. Und gegen den Versuch, den Handel als Waffe gegen Litauen einzusetzen, haben wir uns in der EU gemeinsam gewehrt.

Bei all dem gilt es aber, die unterschiedlichen Interessen zu berücksichtigen. Europa darf sich nicht von den USA überfahren lassen, wie in den Niederlanden geschehen. Die Probleme mit den Mikrochips muss man europäisch angehen, nicht national. Die Diskussion über dieses Thema ist noch nicht beendet!

Führt uns die EU-Kommission in eine US-gesteuerte Anti-China-Koalition?

So pauschal würde ich das nicht sagen. Von der Leyen hat zwar offenbar die Spur gewechselt. Aber nicht alle in der Kommission steigen in diesen Zug ein.

Auch Ratspräsident Charles Michel warnt vor blinder Gefolgschaft gegenüber den USA.

Ja, über die China-Politik gibt es intensive Diskussionen in Brüssel. Aber noch ist nichts entschieden. Warten wir doch erst mal die Gesetzgebungsvorschläge ab, danach wird sich das Europaparlament eine Meinung bilden.